

Adrian Wüthrich

Stadthausstrasse 8
4950 Huttwil
Tel.: 062 962 34 00
Natel: 079 287 04 93
Mail: adrian_wuethrich@gmx.net
Web: www.adrianwuethrich.ch



Gewerkschaft
des Verkehrspersonals
Syndicat du personnel
des transports
Sindacato del personale
dei trasporti

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: 1. Mai 2010, 13.30 Uhr

1. Maifeier 2010 in Langenthal

Arbeit, Lohn und Rente – statt Profit und Gier

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher!

Frau Kathrin Anderegg aus Zollikofen hatte diese Woche wieder einmal einen ihrer berühmt berüchtigten verbalen Ausfälle. Sie prangerte als Präsidentin der Berner KMU die Berner Politik an. Wegen parteipolitischer Taktik dürfe das gemeinsame Ziel nicht aufs Spiel gesetzt werden. Sie wies die bürgerlichen Parteien regelrecht zusammen. Zudem würde die rot-grüne Regierung von ihren militanten Anhängern in der kommenden Legislatur vermehrt unter Druck gesetzt.

Die verbalen Spitzen der obersten Berner Gewerbevertreterin passen so gar nicht in das Bild der hiesigen Gewerbevereine. Wenn aber Frau Anderegg den Teufel an die Wand malen will, bin ich gerne ein „militanter Anhänger“ der rot-grünen Regierung. Wir wissen, dass die kommenden vier Jahre schwierig werden. Die Berner Wirtschaft hat den bürgerlichen Parteien also den Marschbefehl erteilt. Durchmarschieren, keine Kompromisse. Das Energiegesetz sei schlecht. Dabei ist es eines der fortschrittlichsten Energiegesetze der Schweiz und sicher gerade dem Gewerbe viel Arbeit. Die Häuser müssen saniert werden und neue Technologien eingesetzt werden, damit wir weniger Energie verbrauchen. Klar hätten wir mehr gewollt, aber es ist ein guter Kompromiss.

In diese Richtung geht die neu lancierte eidgenössische Volksinitiative der SP Schweiz: Die Cleantech-Initiative. Mit Investitionen in erneuerbare Energien und saubere Technologien (Cleantech eben – saubere Technologien) schaffen wir in der Schweiz eine neue, nachhaltige Wirtschaftsbranche und regionale Arbeitsplätze. Bis zu 100'000 Menschen könnten so in den nächsten Jahren eine Arbeitsstelle finden und die durch die Wirtschaftskrise bedingte Arbeitslosigkeit beenden. Wir wollen eine Schweiz mit erneuerbaren Energien. Wir wollen weg vom Erdöl, weg von diesem Öl, das gerade durch ein Unglück einen grossen Teil des Golfs von Mexico zerstört. Wir wollen den bestehenden Technologien zum Durchbruch verhelfen. Wir wollen Energieeffizienz. Wir wollen eine neue Perspektive, wir wollen eine neue Energiepolitik, wir wollen eine neue Schweiz! Unterschreibt darum bitte diese Initiative.

Die Ölkatastrophe hat übrigens einmal mehr gezeigt wie es sich die Wirtschaft einfach macht: Die Ölindustrie verdient Milliarden, ja Billionen mit dem Raubbau an der Umwelt. Bei diesem Unglück wurde jetzt aber die Hilfe des Staates angefordert. Der Staat soll helfen, wenn man bis zum Hals im Wasser steht, vorher sollte er wohl nichts sagen. Frau Anderegg würde wohl so referieren. Das gleiche Schauspiel auch

bei den Banken: Die UBS und die CS könne die Schweiz nicht Konkurs gehen lassen. Der Staat musste verhindern, dass es zu einem Kollaps kommt. Das war im Oktober 2008. Wir müssen heute zur Kenntnis nehmen, dass gerade die Banken nichts gelernt haben. Die Manager sahen weiter ab, leiten ihre Unternehmen und Abteilungen ohne Gedanken an übermorgen, entfesselt für jeden Profit. Über die Nachhaltigkeit oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt denken diese Herren und Damen nicht.

Wir merken es an unserer täglichen politischen oder gewerkschaftlichen Arbeit. Auch die „Büezerinnen und Büezer“, die Angestellten denken wenig ans Gemeinsame. Wir haben offenbar vergessen, welche Macht der Arbeitsfaktor „Arbeit“ hat. Dank unserem Wohlstand in der Schweiz sind wir blinder geworden. Was dem „Kapital“ nützt, nützt auch uns. Denken wir an die Pensionskassen. Wir brauchen eine hohe Rendite, damit wir unsere versprochene Rente erhalten. Damit können wir im Alter gut leben. Die Aufregung über die Managergehälter ist dabei nur eine Randerscheinung. Der Verteilungskampf geht über die Managergehälter aus.

Der Verteilungskampf findet auch in jeder Gemeinde statt. Kann jemand etwas für die Gemeinde liefern oder bauen, dann macht er einen guten Preis. Es gibt auch Vetternwirtschaft – wenig – aber ich habe Beispiele von früher in meiner Gemeinderatszeit erlebt. Ich weiss auch, dass einige Gewerbebetreibende im Verteilungskampf das eine oder andere schwarz machen. Schwarzarbeit darf aber nicht akzeptiert werden. Insbesondere nicht mit der weiteren Öffnung der Schweiz. Wer hier arbeitet, soll alle geschuldeten Abgaben zahlen. Die Arbeitgeber haben zudem Löhne zu zahlen wie sie in der Schweiz üblich sind. Wer als Pole oder Deutscher in der Schweiz angestellt wird, soll einen Lohn in Schweizer Höhe haben. Lohndumping gefährdet unsere Arbeitsplätze! Gerade hier sind die Unternehmen von Frau Anderegge gefordert! Die Arbeitgeber können Mindestlöhne auch in den GAVs vorsehen.

Gerade in der Krise müssen die flankierenden Massnahmen dafür sorgen, dass es nicht zu Neuanstellungen zu schlechteren Bedingungen und damit zu Verdrängung von einheimischen Arbeitnehmenden kommt. Bis heute konnte der Lohndruck in Branchen mit guten gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhnen erfolgreich abgewehrt werden. Probleme zeigen sich aber dort, wo es keine solchen Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen gibt, zum Beispiel in der Industrie, im Gesundheitswesen, aber auch bei kleinen Firmen in den Branchen Reinigung und Sicherheit. Deshalb ist nunmehr ein neues Paket gegen Lohndumping zu schnüren. Es braucht

- Mindestlöhne in GAV in der Industrie (Chemie, Maschinen-/Uhrenindustrie)
- einen allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für Temporärfirmen,
- einen verbindlichen Normalarbeitsvertrag (NAV) für die Hauswirtschaft,
- eine Ausdehnung der Allgemeinverbindlicherklärung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) in den Branchen Reinigung und Sicherheit, sowie GAV mit Mindestlöhnen im Gesundheits- und Sozialwesen
- strengere Sanktionen gegen Verstösse und wirksamere Kontrollen

Nur ein Beispiel: Es kann nicht angehen, dass die Preise für Kleider immer tiefer werden und die Löhne der Angestellten in der Modebranche ebenso. Heute verdienen neu aus der Lehre kommende Verkaufsangestellte deutlich unter 3000 Franken. Sie sind oft im Stundenlohn angestellt. Bei Nichtbedarf sollen sie zu Hause bleiben. Mir ist ein Beispiel einer Frau bekannt, die beim gleichen Arbeitgeber zwei Arbeitsverträge hat und in zwei Filialen arbeitet. Damit muss der Arbeitgeber eine

trendige Modeboutique für die Frau keine Pensionskassenbeiträge bezahlen. Sie verdient also für 50% weniger als den BVG-Koordinationsabzug 20'520 Franken. Immerhin knapp über 3000 Franken pro Monat. Aber keine Pensionskassenrente im Alter...

Wir wollen den Lohn wieder ins Zentrum der politischen Diskussion stellen. Die SP plant mit den Gewerkschaften eine Mindestlohninitiative. Es ist dringend nötig darüber zu sprechen. Es wird wieder Volkswirtschaftsexperten geben, die vor einem Mindestlohn warnen, weil dadurch die Schwelle für jemanden anzustellen steigt. Ein Mindestlohn soll aber ein Einkommen garantieren mit dem man über die Runden kommt.

Wenn bei einer Umfrage 4 von 10 Familien angeben, dass sie finanziell am Limit sind, dann muss etwas getan werden. Meine Interessenbindung: Das sage ich als werdender Vater. Es darf für die Zukunft unserer Gesellschaft nicht sein, dass das Portemonnaie, der Lohn, über den Kinderwunsch entscheidet. Wir haben die Altersarmut erfolgreich bekämpft, jetzt muss die Familienarmut bekämpft werden.

Das können wir mit Steuern machen. Mit der Initiative „Faire Steuern – für Familien“ des Gewerkschaftsbundes können wir im Kanton Bern ein Zeichen setzen. Wir wollen verhindern, dass vor allem die reichsten Bürger entlastet werden. Sie haben genügend Geld. Durch das kapitalistische System werden sie immer reicher und reicher. Auch hier müssen wir an den gesellschaftlichen Zusammenhalt denken. Deshalb muss das Berner Volk die Steuergesetzrevision korrigieren. Die Initiative hat folgende Ziele:

- Sie ist unsere Antwort auf die bürgerliche Arroganz. Unser Signal: Wir überlassen Euch die Steuerpolitik nicht – wir mischen uns aktiv ein und bringen eigene Vorschläge. Die Stimmbevölkerung soll darüber entscheiden.
- Wir wollen die Pauschalsteuer abschaffen, von der im Kanton Bern rund 200 Personen profitieren. Die Pauschalsteuer ist kein Standortvorteil, sondern eine stossende Ungleichbehandlung, die wir endgültig beseitigen wollen – wie es im Kanton Zürich gelungen ist.
- Wir fordern höhere Kinderabzüge. Damit zeigen wir, dass wir Familien (im weitesten Sinn) unterstützen, die einen entscheidenden Beitrag für die Zukunft der Gesellschaft leisten.
- Wir machen die Steuergeschenke rückgängig. Die Steuersenkung betrifft zwar alle Einkommens- und Vermögensklassen – aber wirklich Steuern sparen diejenigen, die hohe Einkommen und hohe Vermögen haben. Für alle anderen gilt: Ideologische Steuersenkungen bringen nicht viel mehr Geld ins Portemonnaie, aber sie garantieren weitere Spardiskussionen und Einschnitte beim Service Public. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung ist auf einen guten Service Public angewiesen – dringender als auf ein paar lumpige Franken mehr oder weniger in der Tasche.

Bitte unterschreibt, damit wir im Kanton Bern über eine echte Alternative zur bürgerlichen Steuerpolitik entscheiden können. Entscheiden können wir auch über eine weitere Ungerechtigkeit – diesmal auf nationaler Ebene verbrochen. Ich meine das Referendum gegen das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Die Wirtschaftskrise mit der hohen Arbeitslosigkeit ist die Folge der Missbräuche im Finanzsektor, mit der Finanzkrise. Die Abzockerei kennt weiterhin keine Grenzen, Gewinne und Boni für die Manager sprudeln wieder, die Abzocker werden also belohnt. Diese Woche bestätigt durch die Generalversammlung der Credit Suisse.

Und die Opfer der Krise? Die Arbeitslosen? – Sie werden bestraft. Mit Leistungsabbau und Verschlechterungen bei der revidierten Arbeitslosenversicherung. Die Revision trifft in erster Linie die Jungen, aber ebenso die stark industrialisierten Krisenregionen, die neu die Möglichkeit verlieren sollen, in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Taggeld-Bezugsdauer von 400 auf 520 Tage zu verlängern. Auch hier zeigt sich der blanke Zynismus der Referendumsvorlage. Als die Gewerkschaften beim Konjunkturpaket die generelle Verlängerung der Bezugsdauer für die Dauer der Krise auf 520 Taggelder vorschlugen, trat ihnen Volkswirtschaftsministerin Leuthard mit dem Argument entgegen, dass diese Verlängerung für besonders betroffene Regionen ja schon heute möglich sei. Und jetzt sollen ausgerechnet diese Leistungen für die Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit abgeschafft werden. Mit der Folge, dass die Betroffenen auf einen Schlag vor dem Nichts stehen würden.

Das neue Gesetz ist auch schlecht für die Finanzen der Arbeitslosenversicherung. Kommt die Vorlage durch, so dauert es mindestens fünf Jahre länger, bis die Arbeitslosenversicherung wieder finanziell im Gleichgewicht ist als ohne Revision. Denn das heutige Gesetz verfügt über eine automatische Finanzierung. Richtig wäre es, die hohen Einkommen viel stärker zur Kasse zu bitten als heute. Aber die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung noch zu verschlechtern, wie es mit der Referendumsvorlage geschieht, ist nichts anderes als eine finanzpolitische Dummheit.

Weil die Revisionsvorlage schlecht und ungerecht ist, haben die SP und die Gewerkschaften in einem breiten Bündnis das Referendum ergriffen. Ich appelliere an euch: sammelt Unterschriften! Helft mit, dass diese Vorlage, die das Volk statt die Abzocker für deren Fehler bestraft, da landet, wo sie hingehört: auf den Misthaufen der Geschichte! Dieser Reform soll das gleiche passieren wie der BVG-Reform: Nein am 26. September 2010!

Es gibt noch weitere Themen anzuschneiden. Liberalisierungen und entfesselter Wettbewerb. Das wollen Leute wie Frau Anderegg. Mit der Folge, dass die Dienstleistungen teurer werden. Das werden wir bei der Post sehen, das sehen wir beim Strom. Die Unternehmen, die in staatlicher Hand sind, werden heute ganz anders geführt als einige in Erinnerung haben. Das kann ich von den SBB beurteilen. Das Management führt mit harter Hand. Reform um Reform.

Dabei darf bei allem Sparen nicht vergessen werden: Die Schweiz hat weltweit gesehen eines der besten und dichtesten Eisenbahnnetze. Nirgends wird soviel Bahn gefahren wie hierzulande. In den letzten Jahren hat dies – dank Bahn 2000 – noch zugenommen. Das Volk steht hinter der beispielhaften und fortschrittlichen Verkehrspolitik und hat ihr gegen den Widerstand der Lastwagen- und Privatverkehrspolitiker in mehreren Abstimmungen zugestimmt. Daran hatten auch die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner einen grossen Anteil. Sie machen nicht nur einen guten Job und sind deshalb auch beliebt und respektiert. Sie setzen sich auch politisch für den Bahnverkehr ein.

Sorge bereitet uns, dass angeblicher Geldmangel das Schweizer Bahn-Erfolgsmodell massiv gefährden könnte: Eine im letzten Herbst durchgeführte und vor wenigen Wochen publizierte Studie (Netzaudit der SBB) hat aufgezeigt, dass sich je länger je mehr eine Lücke beim Netz-Unterhalt auftut. Es fehlen jährlich 850 Millionen Franken, um das Manko zu beheben. Schuld daran ist der Spardruck der Behörden und der Kostendruck wegen dem künstlich von der Liberalisierungsideologie geförderten Wettbewerb. Er drückt nicht nur auf Lohn- und Arbeitsbedingungen. Er baut auch beim Unterhalt ab. Die Bahn muss immer mehr Personenkilometer fahren – bei gleich bleibenden Kosten, die dadurch stärker belastete Infrastruktur wird aber nicht entsprechend instand gehalten. Zwischen 1995 und 2008 hat die Verkehrsbelastung um fast 50% zugenommen, der Schienenunterhalt hinkt aber hinterher. Da tickt eine Zeitbombe. Heute schon haben wir zu viele Langsamfahrstellen im Netz. Sie nehmen jährlich zu und gefährden immer mehr den Fahrplan und die Netzsicherheit.

Die Gewerkschaften begrüßen deshalb den Alarmruf der SBB. Er reicht aber nicht. Es braucht jetzt sofort Massnahmen und Geld und die nötige Selbstkritik im Management. Bei Unterhalt und Sicherheit müssen die Warnsignale des Personals endlich ernst genommen werden. Die Schweiz hat ausreichend Mittel, um die Bahn auf hohem Niveau zu garantieren. Die dafür nötigen politischen Entscheide müssen jetzt unverzüglich kommen. Dazu gehört auch der Ausbau Bahn 2030.

Auch regional gibt es noch viel zu erwähnen. Wer vertritt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der in Diskussion stehenden Regionalkonferenz Oberaargau? In diesem Gremium entscheiden die Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten über regionale Vorlagen. Darin werden wir fast keine Stimme haben. Dazu müssen wir uns Gedanken machen. Heute ist Nazmi Jakurti der Gewerkschafts-Vertreter im Vorstand der Region Oberaargau. Wir wollen gemeinsam vorwärts kommen. Im Dialog, mit Anstand und Respekt suchen wir den Kompromiss. Das sollte auch Frau Anderegg beherzigen.

Adrian Wüthrich, Grossrat (ab 1. Juni 2010), Gemeinderat, Vizepräsident SP Oberaargau, Koordinator Politik und PR SEV, Huttwil